

Stellungnahme von IN4climate.NRW zum Entwurf zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung - AGVO)

Auf Grund der großen Herausforderungen und des erheblichen Förderbedarfs für die Transformation der energieintensiven Industrie zur Klimaneutralität müssen aus Sicht von IN4climate.NRW die EU-Beihilferichtlinien auf Klimaneutralität ausgerichtet werden und die zügige Umsetzung von Klimaschutzvorhaben unterstützen. Nationale Politikinstrumente zur Förderung klimaneutraler Schlüsseltechnologien sollten möglichst keiner Einzelgenehmigung durch die Kommission bedürfen. Wir begrüßen die vorgeschlagene Überarbeitung der AGVO mit ihrer ausdrücklichen Ausweitung auf den Klimaschutz und erweiterten freigestellten Beihilfemaßnahmen für klimaschutzrelevante Technologien.

IN4climate.NRW ist eine interdisziplinäre, branchenübergreifende Arbeitsplattform, gegründet und finanziert vom Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist Teil der Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate. Schwerpunkt unserer Arbeit ist der Klimaschutz in den energieintensiven Industrien, insbesondere in den Branchen Stahl, Nichteisenmetalle, Chemie, Zement und Kalk, Glas und Papier. Auf der Plattform arbeiten Akteure dieser Industrien zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Forschungsinstituten und Fachleuten der Landesregierung, um Innovationen und Strategien zur Transformation in Richtung einer klimaneutralen Industrie zu unterstützen.

Mit den folgenden Anmerkungen zum Entwurf möchten wir zur Förderung der Transformation zur Klimaneutralität mit speziellem Fokus auf die energieintensive Grundstoffindustrie im Sinne des Green Deal beitragen.

Zu Artikel 2 Nummer 114, 129

Zur Bestimmung einer neuen und innovativen Technologie wird in Nummer 114 der Vergleich zum „Stand der Technik“ herangezogen, ohne dass dieser Begriff inhaltlich bestimmt wird. Um Unklarheiten bei der Abgrenzung innovativer Technologien zu vermeiden, sollte eine inhaltliche Klärung vorgenommen und Nummer 129 entsprechend angepasst werden.

Zu Artikel 2 Nummer 131a und 131b

Wir begrüßen die Einführung von Definitionen für CCS und CCU. Die vorgeschlagenen Definitionen greifen jedoch zu kurz und sollten auch Prozessemissionen berücksichtigen. Wir schlagen deshalb folgende Definitionen vor:

131a. ‚CO₂-Abscheidung und -Speicherung‘ oder ‚CCS‘ (carbon capture and storage):

Technologien, mit denen CO₂ aus Industrieanlagen (einschließlich Kraftwerken), wo es durch Verbrennung oder durch andere chemische Reaktionen, an denen fossile oder nichtfossile kohlenstoffhaltige Komponenten beteiligt sind, erzeugt wird, abgeschieden, zu einer geeigneten Speicherstätte transportiert und dort zur dauerhaften Speicherung in eine geeignete unterirdische geologische Formation injiziert wird;

131b. ‚CO₂-Abscheidung und -Nutzung‘ oder ‚CCU‘ (carbon capture and utilisation):

Technologien, mit denen CO₂ aus Industrieanlagen (einschließlich Kraftwerken), wo es durch Verbrennung oder durch andere chemische Reaktionen, an denen fossile oder nichtfossile kohlenstoffhaltige Komponenten beteiligt sind, erzeugt wird, abgeschieden und an einen Ort transportiert wird, wo das CO₂ verwendet wird;

Zu Artikel 4**Zu Absatz i)**

Bei der Überarbeitung der AGVO sollten die Anmeldeschwellen für Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen erhöht werden, um die Anreize für entsprechende Aktivitäten zu erhöhen und die Umsetzung von Vorhaben zu beschleunigen:

Bei Vorhaben der Grundlagenforschung: 50 Mio EUR pro Unternehmen und Vorhaben

Bei Vorhaben der industriellen Forschung: 25 Mio EUR pro Unternehmen und Vorhaben

Bei Vorhaben der experimentellen Entwicklung: 20 Mio EUR pro Unternehmen und Vorhaben

Für Schlüsseltechnologien oder die Entwicklung klimaneutraler Technologien sollte eine zusätzliche Erhöhung der Anmeldeschwelle eingeführt werden, um Anreize für Innovationen und Forschungs- und Entwicklungsaktivität zu verstärken.

Zu Absatz 1 s)

Der vorgesehene Schwellenwert für Investitionsbeihilfen für den Umweltschutz i. H. von 20 Mio. EUR pro Unternehmen und Investitionsvorhaben ist für die erforderliche und schnell benötigte Umsetzung von klimarelevanten Industrieprojekten im Sinne des Green Deal zu niedrig. Die Maßnahmen zur Transformation insbesondere der energieintensiven Industrie in Richtung Klimaneutralität, die angestoßen werden, sind mit hohen Investitionskosten verbunden. Zu erwarten ist, dass der vorgeschlagene Schwellenwert zahlreiche Notifizierungen in Einzelfällen erforderlich macht, wodurch sich der Start von Projekten verzögert. Der Schwellenwert sollte deshalb auf 30 Mio. EUR pro Unternehmen und Investitionsvorhaben angehoben werden.

Zu Absatz 1 sa)

Auch für Beihilfen für nutzergebundene Infrastruktur und Speicher im Sinne des Artikels 36 Absatz 5 sollte der Schwellenwert pro Unternehmen und Investitionsvorhaben gelten, um die benötigten Projekte schnell anzustoßen.

Zu Artikel 9

Der Entwurf sieht in Absatz 1 c) eine Senkung der Transparenzschwelle, ab der ein Mitgliedstaat die Veröffentlichung von Informationen über jede Einzelbeihilfe auf einer Beihilfe-Website sicherstellen soll, auf 100.000 € vor. Diese Absenkung erhöht den bürokratischen Aufwand und bindet die benötigten Kapazitäten der betroffenen Stellen. Sie sollte entfallen.

Zu Artikel 17

Der Begriff „Ersatzinvestition“ wird nicht definiert und kann zu Unklarheiten führen. Der letzte Satz von Absatz 3 sollte deshalb gestrichen werden.

Zu Artikel 25

Die Beihilfehöchstintensitäten pro Beihilfeempfänger sollten insbesondere für industrielle Forschung und experimentelle Entwicklung für FuEul-Projekte mit dem Ziel einer treibhausgasneutralen Produktion angehoben werden, damit die zeitnahe Verfügbarkeit der benötigten Technologien sichergestellt werden.

Zu Artikel 36

Zu Absatz 1a

Nach Absatz 1a gilt Artikel 36 nicht für Investitionen in Ausrüstungen, Maschinen und industrielle Produktion, mit denen bzw. bei der fossile Brennstoffe genutzt werden, es sei denn, es handelt sich dabei um Erdgas. Diese Regelung führt dazu, dass Klimaschutzinvestitionen, u. a. CCS / CCU nur dann in den Anwendungsbereich der AGVO fallen, wenn in der Anlage klimaneutrale Brennstoffe oder Erdgas eingesetzt werden. Damit können einzelne Industriezweige wie die Zementindustrie, die bei ihren Maßnahmen zur CO₂-Einsparung und zu mehr Nachhaltigkeit zu einem hohen Anteil Brennstoffe aus aufbereiteten Abfällen einsetzt, nicht von der Anwendung des Artikels profitieren.

Der Absatz sollte deshalb abgeändert werden und Investitionen in Ausrüstung, Maschinen und industrielle Produktion ausschließen, mit denen bzw. bei der fossile Primärenergieträger (Erdöl, Kohle) genutzt werden.

Zu Absatz 2 a), b), c)

Die Voraussetzung, dass die Investition es dem Beihilfeempfänger oder einer anderen Einheit ermöglichen muss, den Umweltschutz zu verbessern, sollte ausdrücklich den Fall abdecken, dass beide Einheiten die positive Umweltschutzwirkung ansetzen können. Andernfalls werden Investitionen z. B. in CO₂-Abscheideanlagen verhindert, wenn nur der Nutzer des CO₂ den Umweltnutzen veranschlagen kann, während das CO₂-abscheidende Unternehmen durch den gestiegenen Energieaufwand für die CO₂-Abscheidung eine negative Umweltschutzwirkung ansetzen muss.

Zu Absatz 2a

Zur Verwendung des Begriffs ‚CCUS‘ (entsprechend zu Absatz 6a)

In diesem Absatz werden Investitionen in CCUS adressiert. ‚CCUS‘ wird jedoch nicht definiert und sollte als Begriff nicht verwendet werden. Stattdessen sollten die Begriffe ‚CCS‘ und ‚CCU‘ verwendet werden, weil sie unterschiedliche Technologien beinhalten, die mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen verbunden sind.

Der Absatz benennt die Voraussetzungen für Investitionen in die Abscheidung und Nutzung oder Speicherung von CO₂ (stattdessen: „in CCS und CCU“). Die Regelung, dass alle Voraussetzungen erfüllt sein müssen, macht die Förderung von Projekten jedoch problematisch.

Insbesondere Voraussetzung c) greift zu kurz und ist nicht ausreichend präzise. Beim Bau von Abscheideanlagen sind in der Regel auch Umbaumaßnahmen an der Industrieanlage notwendig. Diese sollten von der Anmeldepflicht freigestellt sein. Außerdem sollte sichergestellt sein, dass Beihilfen für CO₂-Abscheideprozesse, die in bestehende Anlagen integrierte werden (z. B. Oxyfuel), von der Anmeldepflicht freigestellt sind.

Zu Absatz 5

Ausdrücklich berücksichtigt werden sollten Investitionen in neue und innovative Technologien, für die eine kontrafaktische Investition nicht verfügbar ist. Für diese Investitionen sollten die gesamten Investitionskosten als beihilfefähig anerkannt werden, um die für die Transformation der Industrie in Richtung Klimaneutralität benötigten Innovationen anzureizen.

Neben dem Bau von gewidmeter Infrastruktur und Speichereinrichtungen für erneuerbaren oder CO₂-armen Wasserstoff und Abwärme sollten auch nutzergebundene Infrastrukturen für CO₂ förderfähig sein. Sie sind für den Aufbau größerer Infrastrukturen, die für die Industrietransformation in Richtung Klimaneutralität benötigt werden, von großer Bedeutung. Der Text sollte an entsprechender Stelle ergänzt werden.

Der Unterabsatz legt außerdem fest, dass nicht direkt mit der Verbesserung des Umweltschutzes zusammenhängende Kosten nicht beihilfefähig sind. Diese Bestimmung greift zu kurz. Es sollte sichergestellt sein, dass technische Teilaspekte eines Vorhabens gefördert werden können, die zur Erfüllung technischer Spezifikationen für die weitere Nutzung oder Speicherung von CO₂ notwendig sind und so indirekt eine positive Umweltwirkung haben.

Zu Absatz 6

Angesichts der hohen Investitionskosten und des Investitionsbedarfs für den Klimaschutz sollte die Beihilfehöchstintensität für Klimaschutzinvestitionen 50 % der beihilfefähigen Kosten betragen. Verursacht die Investition keine direkten Emissionen, kann die Beihilfeintensität bis zu 60 % der beihilfefähigen Kosten betragen.

Der Begriff „direkte Emissionen“ sollte definiert werden.

Zu Absatz 6a

Zur Verwendung des Begriffs ‚CCUS‘ (entsprechend zu Absatz 2a)

In diesem Absatz werden Investitionen im Zusammenhang mit CCUS adressiert. ‚CCUS‘ wird jedoch nicht definiert und sollte als Begriff nicht verwendet werden. Stattdessen sollten die Begriffe ‚CCS‘ und ‚CCU‘ verwendet werden, weil sie unterschiedliche Technologien beinhalten, die mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen verbunden sind.

Bei Investitionen im Zusammenhang mit CCUS (stattdessen: CCS und CCU) sollte die Beihilfeintensität auf die in Absatz 6 bestimmte Beihilfehöchstintensität angehoben werden außer bei Investitionen mit CO₂ Quellen aus der energetischen Verwertung von fossilen Rohstoffen. Hier darf die Beihilfeintensität 20% nicht übersteigen.

Zu Artikel 41

Zu Absatz 1, 3, 7

Hier sollten Investitionsbeihilfen zur Förderung von CO₂-armem Wasserstoff aufgenommen werden, in dessen Herstellungsverfahren eine vollständige CO₂-Abscheidung stattfindet.

Zu Absatz 3

Vorhaben im Bereich des erneuerbaren Wasserstoffs, die den gleichzeitigen Aufbau von Erzeugungskapazitäten für erneuerbare Energien vorsehen, sollten von der Anmeldepflicht freigestellt sein.

Der Absatz sollte entsprechend geändert werden: Vorhaben im Bereich des erneuerbaren Wasserstoffs, die einen Elektrolyseur und eine oder mehrere Einheiten zur Erzeugung erneuerbarer Energien nach einem einzigen Netzanschlusspunkt beinhalten, und bei denen die Kapazität des Elektrolyseurs die Gesamtkapazität der Einheiten zur Erzeugung erneuerbarer Energien überschreitet, sind bis zu einer Kapazitätsgleichheit des Elektrolyseurs und der Einheiten zur Erzeugung erneuerbarer Energien von der Anmeldepflicht freigestellt.

Zu Absatz 4a

Absatz 4a erlaubt die Freistellung von Investitionsbeihilfen für hocheffiziente mit Erdgas betriebene KWK-Anlagen, bei denen die Einhaltung der Klimaziele für 2030 und 2050 gewährleistet ist. Offen ist, wie im Einzelfall entschieden wird, ob das auf eine KWK-Anlage zutrifft. Dieser Punkt sollte präzisiert werden.

IN4climate.NRW Ansprechpartner

Samir Khayat, Geschäftsführer
samir.khayat@energy4climate.nrw, Tel: +49.209.408599-20

Barbro Rönsch-Hasselhorn, Projektmanagerin Fördermanagement IN4climate.NRW
barbro.roensch-hasselhorn@energy4climate.nrw, Tel: +49.209.408599-15

NRW.Energy4Climate GmbH
-Zweigniederlassung Gelsenkirchen-
Munscheidstr. 14
45886 Gelsenkirchen
www.in4climate.nrw